



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Halbzeitbilanz von Franziska Brantner

Meine Arbeit im Europäischen Parlament 2009 bis 2012



*Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,
liebe Interessierte an meiner Halbzeitbilanz im Europaparlament,*

Seit Sommer 2009 vertrete ich die Metropolregion Rhein-Neckar, sowie das Gebiet von der Schweizer Grenze im Südbadischen, die Rheinschiene hinauf bis an die hessische Grenze nach Rheinland-Pfalz und ins Saarland, in Brüssel und Straßburg. Grund genug, ein erstes Resümee zu ziehen und aufzuzeigen, was mir wichtig war, wo ich mich engagiert habe und welche Akzente ich setzen konnte. Natürlich kann eine solche Beschreibung nur ein unvollständiger Abriss sein.

Dennoch ist es wichtig, ab und an innezuhalten und auf das Erreichte zu blicken, um deutlicher zu sehen, wohin der künftige Weg führen muss.

Wer ständig auf dem Laufenden bleiben möchte, was uns so beschäftigt und woran ich arbeite, dem sei das Abo meiner beiden Newsletter empfohlen:

Der **Franziska-Letter** erscheint 14-tägig am Freitag und fasst Regionales und Internationales aus meinem gesamten Themenspektrum zusammen.

Der **Frauen-Newsletter** erscheint alle paar Monate und bringt auf den neuesten Stand, was im Europaparlament in Sachen Gleichstellungspolitik so läuft.

Beide sind auf meiner Homepage www.franziska-brantner.eu direkt zu bestellen. Hierüber sowie über Facebook und Twitter (@fbrantner) können Sie auch mit mir in Kontakt treten.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und freue mich auf Ihre Kommentare.

Herzliche Grüße,

Franziska Brantner

Außenpolitik

Zu meinen wichtigsten Aktivitäten und Erfolgen als **außenpolitische Sprecherin** der Fraktion Die Grünen/EFA zählen insbesondere:

- Aktivisten und NGOs im Arabischen Frühling unterstützt
- Konfliktprävention und Friedenspolitik gestärkt
- Fundament für Europäisches Außenministerium mit grünen Bausteinen versehen

Einsatz für Menschen- und Frauenrechte im Arabischen Frühling

Schon vor den Revolutionen, die in Tunesien begannen, habe ich mich mit den Menschenrechten in Nordafrika auseinandergesetzt. Für unsere Fraktion verfolgte ich die schmutzigen Verhandlungen zwischen der EU und Gaddhafi über ein EU-Libyen-Abkommen. Im Oktober 2010 organisierte ich dazu eine große **Anhörung** zusammen mit proAsyl und Amnesty International in Brüssel, bei der wir klar unsere Ablehnung des geplanten Deals auf dem Rücken der Flüchtlinge zum Ausdruck brachten. Kaum zu Glauben aber wahr: die EU hat bis in den Februar 2011 hinein mit Gaddhafi darüber verhandelt, den sogenannten Berlusconi-Gaddhafi Freundschaftsvertrag auf die gesamte EU auszuweiten.

Das hätte heißen: Kooperation auf hoher See und die Zurücknahme derjenigen Flüchtlinge, die mutmaßlich vorher in Libyen waren – wohlwissend, wie furchtbar die dortigen Flüchtlingslager waren. Im Gegenzug sollte Libyen wirtschaftliche Erleichterungen und Einreiseerleichterungen (für seine Getreuen) erhalten. Meine spanische Kollegin Ana Gomes von den Sozialdemokraten und ich haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das Mandat dieser Verhandlungen öffentlich bekannt wurde. Außerdem stritten wir erfolgreich gegen eine Zahlung in Höhe von 20 Millionen an Gaddhafi, die geplant waren für bessere Grenzkontrollen und die Auffanglager für afrikanische Flüchtlinge. Diese Gelder wurden im Februar 2011 gestoppt. Ob dies auch hätte verhindert werden können ohne das „Arab Awakening“ muss nun zum Glück offen bleiben. Außerdem stellten wir Grüne kritische Anträge in den Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2011, um zum Beispiel EU-Gelder für die tunesische Regierung an Menschenrechte zu konditionieren.

Aber besonders intensiv haben ich und meine Fraktion natürlich seit der Jahreswende 2010/2011 den Wandel in der arabischen Welt begleitet. So haben wir in Brüssel durch parlamentarische Anträge und Initiativen an die EU-Außenbeauftragte sowie durch die Organisation von öffentlichen Workshops und Pressearbeit Druck für eine konsequentere Unterstützung der Demokratiebewegungen durch die Europäische Union gemacht. Mindestens ebenso wichtig war jedoch das konkrete Engagement für die Menschen vor Ort. So konnte ich auf mehreren Reisen nach **Ägypten** und **Libyen** ein gutes **Netz von Kontakten** mit VertreterInnen der Reformbewegungen, Menschenrechts-organisationen und Frauengruppen knüpfen.

Mit dem Wissen über den konkreten Bedarf vor Ort gelang es unter anderem, EU-Gelder für die Unterstützung der im Libyen-Krieg vergewaltigten und traumatisierten Frauen zu mobilisieren. Weiterhin haben wir ein Netzwerk aufgebaut, um junge Aktivistinnen der ägyptischen Revolution mit ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen aus der EU in Kontakt zu bringen. Unter anderem brachte ich, mit Unterstützung der Heinrich Böll Stiftung und der Open Society

Foundation, fünf junge Ägypterinnen für eine Woche nach Brüssel. Sie konnten unterschiedlicher nicht sein: von einer kommunistischen Gewerkschafterin bis zu einer führenden jungen Frau der Muslimbrüder. Letztere ist eine der ganz wenigen Frauen, die für die verfassungsgebende Versammlung ernannt war (mittlerweile wurde diese wieder aufgelöst). Eine weitere, Azma Mahfouz, bekam den Sakharov Preis des Europäischen Parlaments für ihre mutigen Aktionen gegen die alten Herrscher und – als eine der ersten – gegen Tantawi, den aktuellen Militärführer. Mir ist es ein Herzensanliegen, dass diese Frauen, die so ungeheuer tapfer für Freiheit und Demokratie kämpfen, jetzt nicht unter die Räder kommen und wir nur zuschauen.

Außerdem habe ich mich natürlich in die Debatte um den Einsatz in Libyen eingebracht, genauso wie zu Syrien, Yemen, Bahrain oder Ägypten. Hier findet ihr meine [Stellungnahmen in den Medien](#).

Konfliktprävention und Friedenspolitik gestärkt

Mit viel Einsatz konnte ich neue Mittel für die europäische Friedenspolitik mobilisieren: eine Million Euro für Konfliktmediation und zunächst 200 000 Euro für den Aufbau eines Europäischen Friedensinstituts. Das Thema [zivile Konfliktprävention](#) zieht sich als roter Faden durch mein Leben und meine Arbeit. Schließlich habe ich nicht nur Politikwissenschaften und Volkswirtschaft studiert, sondern bin auch ausgebildete Mediatorin. Es ist gelungen, im neuen Europäischen Auswärtigen Dienst eine „Gruppe für Konfliktprävention“ einzurichten, die potenzielle Konfliktherde beobachtet und vorbeugende Maßnahmen der EU ausarbeiten soll. Ich habe in diesem Zusammenhang ein [Pilotprojekt für Konfliktmediation](#) initiiert, das 2011 seine Arbeit aufnahm und mit insgesamt 1 Million Euro ausgestattet wurde.

Dank des Projekts verfügt die EU nun über eine ganze Abteilung „Conflict Prevention and Mediation“, die EU-DiplomatInnen in Konfliktvermittlung schult, den Aufbau eines ExpertInnenpools vorbereitet, mit dem die EU zukünftig schnell durch Mediationsmissionen auf sich abzeichnende Konflikte reagieren kann und die oben genannte Gruppe leitet. Gerade arbeite ich daran, dass diese Stellen in den regulären Haushaltsplan für 2013 übernommen werden. Ein weiterer Pfeiler wurde von uns für das Jahr 2012 eingerammt: In Kooperation mit der finnischen und schwedischen Regierung auf Ratsseite und auf meine Initiative hin im Parlament hat der EU Haushalt 2012 nun zunächst 200 000 Euro eingestellt, um die Gründung eines Europäischen Friedensinstituts vorzubereiten – ein langjähriger grüner Traum!

Instrument für Stabilität – parlamentarische Kontrolle im Bereich EU-Peace-building

Mediation, Menschenrechte und Versöhnungsarbeit habe ich stets in den Mittelpunkt gestellt. Ich bin ständige Berichterstattung für das Instrument für Stabilität, Konfliktprävention und Peace-building (IfS) im Auswärtigen Ausschuss. So bin ich nun seit September 2009 dafür zuständig, die Einzelmaßnahmen, sowie die Jahresplanung und Strategieplanung des IfS von Seiten des Parlaments zu begutachten. Ich leite für den Auswärtigen Ausschuss die Arbeitsgruppe „Sicherheit und Entwicklung“, die regelmäßig tagt und die entsprechenden MitarbeiterInnen von Kommission und Auswärtigem Dienst zum Bericht vorlädt. Mit Hilfe dieser wichtigen Funktion konnte ich als Korrektiv aktiv werden und habe darauf eingewirkt, dass einige Akzente anders gesetzt wurden. Als Beispiele zu nennen wären: die systematische Berücksichtigung des Geschlechteraspektes, die Einhaltung von Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht bei Anti-Terror-Unterstützungsmaßnahmen, die Stärkung der Konfliktmediation, Dialog und

Versöhnungsarbeit als Querschnittsthema, die schnelle Reaktion auf den Arabischen Frühling durch unkomplizierte Hilfe für Menschenrechts- und Frauengruppen.

Übrigens: Die Bezeichnung des „Instruments für Stabilität“ (IfS) ist eigentlich nicht wirklich passend und könnte sogar irreführend sein, insbesondere mit Blick auf den Arabischen Frühling. Es geht dabei definitiv nicht darum, undemokratische Systeme zu stabilisieren, sondern politische Krisen zu mildern und brüchigen Frieden zu konsolidieren. Das IfS soll schnelle, zivile (aber nicht humanitäre, sondern politische) Hilfe für Krisenländer und -regionen ermöglichen. Das Stabilitätsinstrument soll außerdem die Lücke abdecken, die zwischen der heißen Phase eines militärischen oder gewaltsamen Konfliktes und der Wiederaufnahme der normalen Entwicklungszusammenarbeit entsteht. Dieser Zeitraum ist besonders relevant, wenn der Rückfall in die heiße Phase des Konflikts dauerhaft verhindert werden soll.

Westbalkan mit ausgestreckter Hand und kritischem Blick an die EU herangeführt

Mit Beharrlichkeit habe ich die Heranführung der Länder des westlichen Balkans an die Europäische Union vorangetrieben, ohne dabei die bestehenden Probleme in der Region unter den Teppich zu kehren. Die europäische Perspektive ist der beste **Garant für Frieden, Stabilität und Wohlstand** auf dem Balkan nach einem Jahrzehnt schrecklicher Kriege, die ganz Europa erschüttert haben. Die Region gehört geschichtlich und kulturell zweifellos zu uns und die Integration der kleinen Länder ist für die große EU auch in Krisenzeiten zu meistern. Die Alternativen wären Instabilität und Gewalt, unter deren Folgen – Flüchtlingsströme, Kriminalität und die Möglichkeit militärischer Intervention durch die EU oder Nato – wir alle in Europa zu leiden hätten.

Der vorläufige Höhepunkt in diesem Prozess war die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags von **Kroatien** im Dezember 2011. Wir haben uns seit 2009 sehr kritisch mit dem Beitrittsprozess auseinandergesetzt. Mit Hilfe von Kontakten, die uns das Heinrich-Böll-Stiftungsbüro in Kroatien vermittelte, konnten wir Aspekte in die Berichte des EU-Parlaments mit aufnehmen, die gerade zivilgesellschaftlichen AkteurInnen sehr wichtig waren und sind. Außerdem habe ich konsequent auf die Umsetzung der **Aufarbeitung der Kriegsverbrechen** auch innerhalb Kroatiens gepocht und in diesem Zusammenhang eng mit Amnesty International zusammengearbeitet. Wir beharren jetzt auch darauf, dass bis zum Beitritt genau **kontrolliert** wird, ob alle versprochenen Reformen umgesetzt werden – vor allem in den Bereichen Justiz, Korruption, Minderheitenrechte und Kriegsverbrechen. Solche strikten Standards und Kontrollen sind notwendig, um die Glaubwürdigkeit des Erweiterungsprozesses zu gewährleisten.

Relevant ist meiner Ansicht nach auch, dass die anderen Länder der Region jetzt nicht abgehängt werden. Die Erweiterung im Westbalkan muss fortgesetzt werden – sofern die Staaten die notwendigen Voraussetzungen erfüllen. Ich habe mit dafür plädiert, dass **Serbien** – trotz wichtiger Fortschritte bei innenpolitischen Reformen und der Verfolgung von Kriegsverbrechern – im Dezember 2011 noch nicht der EU-Kandidatenstatus verliehen wurde. Bevor das im März 2012 passieren konnte, musste Belgrad erst aufhören, **Gewalt und Instabilität** an der Grenze zum Nachbarland **Kosovo** zu schüren.

Initiative zur Regulierung privater Militär- und Sicherheitsfirmen gestartet

EU-Aufträge für private Sicherheitsfirmen sollen an internationale Standards geknüpft werden. Die Aktivitäten von **privaten Militär- und Sicherheitsfirmen** (PMSC) haben in den

letzten Jahren massiv zugenommen. Das bereitet nicht nur mir große Sorgen. Oft wurden dabei massive Verstöße gegen die Menschenrechte festgestellt. Dennoch werden diese Firmen bisher weder in Deutschland noch in der EU in ihre Grenzen gewiesen. Um dies zu ändern habe ich eine Initiative auf EU-Ebene angestoßen – mit bisher teilweise Erfolg. So sicherte uns Catherine Ashton immerhin zu, in Zukunft für alle von der EU vergebenen Aufträge an PMSC die Einhaltung der bisherigen (nicht verbindlichen) internationalen Standards vorzuschreiben. Die Einhaltung dieser Zusage werden wir genau verfolgen und uns auch weiterhin für verbindliche Regeln auf EU- und UN-Ebene einsetzen.

Deutsche Beteiligung an Internationalen Polizeimissionen stärken

Ich habe einen deutschlandweiten Dialog für bessere Bedingungen der Polizisten in Auslandsmissionen in Gang gebracht. Ein wichtiger Teil ziviler Außenpolitik sind die internationalen Polizeimissionen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen in Krisengebieten wie dem Kongo oder auf dem Balkan. Doch aufgrund der unattraktiven Bedingungen fehlt es gerade in Deutschland oft an PolizeibeamtInnen, die sich freiwillig für einen Auslandseinsatz melden. Aufbauend auf einer von mir in Auftrag gegebenen **Grundlagen- und Übersichtsstudie** zur deutschen Beteiligung an internationalen Polizeimissionen, organisierten Kerstin Müller und Wolfgang Wieland aus der Grünen Bundestagsfraktion und ich eine deutschlandweite **Konferenz** während derer Strategien dafür entwickelt wurden, wie die demokratische Kontrolle von Auslandseinsätzen der Polizei verbessert und die Attraktivität für die beteiligten PolizistInnen erhöht werden können. ExpertInnen und FachpolitikerInnen diskutierten dazu mit PraktikerInnen aus den Landespolizeien, der Bundespolizei sowie von EU und UN. Nun werden wir uns zusammen mit den Grünen Bundes- und Landtagsfraktionen dafür stark machen, die auf der Konferenz entwickelten Vorschläge in gesetzliche Regelungen umzusetzen, ein erster Schritt dafür ist eine gemeinsame und gleichlautende Anfrage in allen Landtagen zur Erfassung der genauen Ausgestaltung des Auslandseinsatzes der PolizistInnen.

Fundament für Europäisches Außenministerium mit grünen Bausteinen versehen

Als grüne Chefverhandlerin konnte ich durchsetzen, dass **zivile Konfliktbearbeitung, Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit im neuen Europäischen Auswärtigen Dienst einen hohen Stellenwert** erhalten haben – auch wenn es ansonsten gegen die vielen nationalen und bürokratischen Widerstände nicht möglich war, den Dienst zu der schlagkräftigen Schaltstelle einer zivilen und wertorientierten europäischen Außenpolitik zu machen, wie wir uns das gewünscht hätten.

Die Gründung des **Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD)** war eine der großen Reformen des Brüsseler EU-Getriebes und Ergebnis des Vertrags von Lissabon. Seit Anfang 2011 hat die Europäische Union nun ihr eigenes „Außenministerium“ – mit rund 3700 MitarbeiterInnen und 135 Botschaften weltweit. Dies ist kein „neues“ Personal, sondern die Zusammenführung früherer Kommissionsbeamte im Bereich der Außenpolitik, früherer Ratssekretariatsbeamte (das Team um Javier Solana) und Diplomaten aus nationalen Ministerien. Bestehende, aber zersplitterte EU-Strukturen wurden unter dem Dach des EAD zusammengefasst, reformiert und gestärkt. Ziel war, dass Europa künftig häufiger mit einer Stimme spricht, über Politikfelder hinweg kohärent agiert und Doppelstrukturen in der EU-Verwaltung abgebaut werden. Das sind übrigens Erwartungen, die von fast allen EU-BürgerInnen ins Feld geführt werden wenn sie ihre Wünsche für eine stärkere Union äußern sollen.

Leider war der Entwurf für den Europäischen Auswärtigen Dienst von der EU-Außenbeauftragten **Catherine Ashton** eher schwach. Nur dank einer Kraftanstrengung des Europäischen Parlaments, und trotz teilweise erheblicher Widerstände nationaler Regierungen, konnte ein solides Fundament für den neuen Dienst gelegt werden. Bisher leidet der EAD allerdings noch immer an einer Reihe von Kinderkrankheiten und unter den oft vollkommen falschen Prioritäten seiner Führung. Ob der EAD am Ende ein Erfolg wird? Das steht noch in den Sternen. Ich will mich auf jeden Fall dafür stark machen, dass die für 2013 geplante Generalüberprüfung des jungen Dienstes dafür genutzt wird, die bestehenden Probleme anzupacken und zu überwinden.

Immerhin ist es uns in den Verhandlungen gelungen, die demokratische Kontrolle des Parlaments über den neuen Außendienst beispielsweise durch Parlamentsanhörungen der neuen EU-BotschafterInnen und bessere Budgetkontrolle von Auslandseinsätzen zu stärken. Nicht zuletzt Dank unseres grünen Drucks konnte zudem der Versuch abgewendet werden, das Krisenmanagement und Peacebuilding der Union allein in die Hände von aus den Mitgliedstaaten entsandten Militärs zu legen. In meinen Augen ein brandgefährliches Vorhaben. Einer der grünen Erfolge ist es auch, dass die Menschenrechte eine zentrale Rolle im neuen Außendienst spielen und der EAD ein weltweites Netzwerk an MenschenrechtsexpertInnen aufbaut. Catherine Ashton hat sich überdies verpflichtet, der Geschlechtergerechtigkeit Vorrang einzuräumen und Frauen stärker zu fördern. Allerdings sind die Defizite in diesem Bereich noch längst nicht behoben. Ebenso wie bei den Strukturen für Krisenmanagement und Peace-building, wo es immer noch an integrierten und ganzheitlichen Strukturen fehlt, muss hier noch kräftig nachgebessert werden.

Frauenpolitik

Zu meinen wichtigsten Aktivitäten und Erfolgen als stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter** zählen insbesondere:

- Legislativ-Initiative für gleiche Bezahlung für Frauen und Männer vorangebracht
- Europäische Charta EU für Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland bekannt gemacht
- Gewalt gegen Frauen entgegengetreten

Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit!

17,5 Prozent – das ist der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern im EU-Durchschnitt. In Deutschland sind es ganze 23 Prozent! Das ist wirklich eine Schande. Trotz klarer Forderung des EP nach neuen Umsetzungsregeln hat die Europäische Kommission bis heute nicht gehandelt. Das EU-Parlament forderte schon 2008 stärkere Vorgaben zur Transparenz im Lohnbereich, verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen zum Einklagen des verbrieften Rechts und stärkere Sanktionen. Geschehen ist nichts. Die Kommission musste auch nicht auf den Bericht des Parlaments reagieren, vertraglich ist sie dazu nicht verpflichtet. Aber seit dem Inkrafttreten des Lissabon Vertrages hat das Parlament ein verstärktes Initiativrecht. Auf einen nach diesem Verfahren verabschiedeten Bericht MUSS die Kommission dann – innerhalb einer vom Europaparlament gesetzten Frist - reagieren: entweder mit der Vorlage einer

Gesetzesinitiative oder einer begründeten Ablehnung. Deshalb habe ich am 100. Internationalen Tag für die Frauenrechte am 8. März 2011 die Aktion „**Gleiche Bezahlung – JETZT!**“ mit neun anderen weiblichen Abgeordneten aller pro-europäischen Fraktionen im Europaparlament gestartet und damit das neue Verfahren in Gang gesetzt. Jetzt ist der nächste Schritt in diesem Verfahren gemacht: Nachdem der EP-Präsident unseren Vorschlag akzeptiert und an den zuständigen Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung (FEMM) weitergeleitet hat, wird der Bericht „Gleiche Bezahlung“ nun im FEMM-Ausschuss diskutiert; er soll im Mai 2012 im Plenum abgestimmt werden.

Gleichstellung von Frauen und Männern vor Ort

Im Jahr 2006 hat der Rat der Regionen und Gemeinden Europas (RGRE) auf Initiative seines Frauen-Ausschusses die „**Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene**“ veröffentlicht. Darin werden die Städte, Gemeinden und Regionen Europas aufgefordert, sich öffentlich zum Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern zu bekennen und die in der Charta niedergelegten Grundsätze auf ihrer Ebene umzusetzen. Dazu gehört unter anderem, Diskriminierungen und Benachteiligungen zu bekämpfen, Frauen und Männer ausgewogen an Entscheidungsprozessen mitwirken zu lassen, geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen und Geschlechterstereotype zu beseitigen.

Eine von mir in Auftrag gegebene **Broschüre** stellt die Charta umfassend vor und gibt den Kommunen und Regionen einen hilfreichen Leitfaden zur Umsetzung der Charta an die Hand. Im zweiten Teil der Broschüre werden Förderprogramme der EU vorgestellt, die speziell auf Frauen zugeschnitten sind. Die Schrift gibt es auf meiner Homepage zum Download, aber auch auf Papier und sie fand in ganz Deutschland guten Absatz. Außerdem arbeiten wir an einem Pilotprojekt, das die Entwicklung von Indikatoren zur Umsetzungsüberprüfung der Charta voranbringen soll.

Gewalt gegen Frauen enden!

Auf Initiative der spanischen Regierung beschäftigen sich das Parlament und der Rat mit einer **Gesetzesvorlage zum Opferschutz**. Das Ziel ist, dass Menschen, die Opfer von Gewalt wurden, überall in der EU ein gleich hohes Maß an Rechten haben und geschützt werden. Uns Grünen war es wichtig, Gewalt gegen Frauen hier spezifisch als Gewalttatbestand mit aufzunehmen. Dies wurde im März im Ausschuss auch so bestätigt und steht jetzt im Plenum und dann zu Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten an.

Bis jetzt gibt es das EU-finanzierte Programm „Daphne“, das gezielt Projekte zur Verhinderung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen kofinanziert. In der Vorlage der Kommission für die Zeit nach 2013 gibt es dieses Programm nicht mehr. Gewalt gegen Frauen soll in einem breiteren Programm, das generell für „Rights and Citizenship“ Projekte geplant ist. Im Parlament formiert sich eine breite Koalition von Frauenrechtlerinnen, die diese spezifischen Gelder behalten möchte.

Um auf diese Verhandlungen Einfluss zu nehmen und auf die fortwährende Gewalt gegen Frauen in Europa und weltweit im Rahmen der V-Day Kampagne aufmerksam zu machen, führten neun Abgeordnete aus allen pro-europäischen Fraktionen die berühmten „Vagina Monologues“ von Eve Ensler und in ihrer Präsenz im Europaparlament auf. Wir haben damit ganz schön für Aussehen gesorgt, die Veranstaltung war ein voller Erfolg – und das V-Day Team

im Parlament arbeitet nun schon umso gestärkter an oben genannten Gesetzesverfahren, ebenso wie an dem Thema „sexualisierte Werbung“.

Haushaltspolitik

Zu meinen Kernanliegen als stellvertretendes Mitglied im **Haushaltsausschuss** zählen insbesondere:

- EU-Gelder schneller und flexibler vergeben
- Verschwendung von EU-Fördergeldern stoppen

Vergabe von EU-Geldern entbürokratisieren

Ich habe Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht, um die Vergabe von EU-Geldern in einigen zentralen Bereichen zu beschleunigen, zu flexibilisieren und transparenter zu machen. So konnte ich im Parlament eine Mehrheit dafür gewinnen, dass EU-Gelder für Konfliktprävention schneller und flexibler mobilisiert werden können, europäische Beiträge an internationale Organisationen offengelegt und Auslandseinsätze im Rahmen der EU-Außenpolitik einzeln und klar ersichtlich im Haushalt aufgeführt werden müssen. Ebenso beschloss das Parlament auf meine Initiative, dass Frauenbelange stärker in der Personalpolitik berücksichtigt werden. Außerdem unterstützte ich aktiv die Berichterstatteerin in ihrem Bestreben, die Geldvergabe innerhalb der EU zu entbürokratisieren – und im Gegenzug die verantwortlichen politischen Akteure stärker in die Pflicht zu nehmen. In Deutschland sind das die Landesregierungen, die de facto über die EU Geldvergabe entscheiden.

Damit diese **Änderungen** an der so genannten EU-Haushaltordnung – ein monströses Regelwerk, das die Vergabe, Verwaltung und Kontrolle des gesamten EU-Haushalts regelt – in Kraft treten können, muss nach dem Parlament nun noch der EU-Rat zustimmen. Der Kampf gegen die bürokratischen Beharrungskräfte in Brüssel ist daher noch nicht zu Ende – eine endgültige Entscheidung wird es wohl Mitte 2012 geben.

Verschwendung von EU-Fördergeldern stoppen

Die Vergabe von EU-Fördergeldern muss transparenter werden und Verschwendung gestoppt werden. Deswegen habe ich die Regional- und Strukturförderung der EU in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz genau unter die Lupe genommen. Eine von mir in Auftrag gegebene Studie hat dabei unzählige Probleme zu Tage gefördert. Daraus muss jetzt die Konsequenz gezogen werden – allerdings zunächst nicht in Brüssel, sondern zuallererst vor Ort in Stuttgart und Mainz. Denn es sind die Landesregierungen, die bestimmen, welche Projekte gefördert werden. Daher fordere ich mehr Kontrolle durch die Landtage in Baden-Württemberg und Rhein-Pfalz, damit die VolksvertreterInnen ihren Ministern besser auf die Finger schauen können, wenn diese EU-Steuer Gelder ausgeben

Jugendpolitik

Zu meinen wichtigsten Aktivitäten und Erfolgen als Mitglied im Vorstand der **interfraktionellen Arbeitsgruppe Jugend**, wo ich für Mobilität zuständig bin, zählen insbesondere:

- Erasmus-Gelder aufgestockt und neues Erasmus-Konzept entwickelt
- Neuauflage des Europäischen Jugendportals angestoßen

Mehr Geld für Erasmus – für alle!

Erasmus bekommt mehr Geld. Im Rahmen der Intergruppe Jugend ist es mir mehrfach gelungen, die finanzielle Ausstattung der EU-Bildungs- und Mobilitätsprogramme zu verbessern: im Vergleich zu 2010 wurden die Haushaltsmittel für das Lebenslange-Lernen-Programm (LLL) um €45.341.500 (+4,6 %) und für Erasmus Mundus um €2.377.000 (+2,5 %) aufgestockt. 2012 soll das LLL mit rund €1.110.500.000 and Erasmus Mundus mit €105.600.000 **ausgestattet** werden.

Erasmus für alle – nicht nur die Eliten! Seit Anfang 2010 setze ich mich im Rahmen der Intergruppe Jugend für bessere Bildungs- und Mobilitätsprogramme der EU und ihre finanzielle Ausstattung ein. Im Sommer 2010 haben wir in Zusammenarbeit mit all unseren zuständigen Landtagsabgeordneten eine Anfrage an die 16 Landesregierungen zum Thema „Europäische Mobilität von Studierenden – reicht ERASMUS, erreicht ERASMUS?“ gestellt. Hier gibt es die Ergebnisse in Form einer Studie. Doch Mobilitätsförderung in der EU darf sich nicht nur auf Studierende beschränken. Sie muss vielmehr allen Menschen, unabhängig von Alter, Bildungsgrad oder sozialem Status zur Verfügung stehen. Mit anderen Worten: Wir brauchen ein ERASMUS für alle! Ein Muss im Zeitalter des lebenslangen Lernens.

Ich habe daher im Anschluss an diese Studie die Konzeptstudie „Europa in Bewegung setzen“ erarbeiten lassen, dessen Kern die Zusammenlegung aller EU-Förderprogramme zu einem flexiblen „One-Stop-Programme“ ist, das außerdem sozial gestaffelt Förderung leistet, bis hin zum Vollstipendium, was momentan im Rahmen von Erasmus zum Beispiel nicht möglich ist. An der Umsetzung dieses Konzeptes arbeite ich gerade im Rahmen der Neuverhandlung des Lebenslange-Lernen-Programm. Diese Verhandlungen können bis 2013 dauern. Außerdem habe ich in meiner Region eine Initiative für die Stärkung des Auszubildendenaustausches gestartet (siehe unten).

Das Europäische Jugendportal

Aufbau eines Europäischen Sozialen Netzwerks vorangebracht. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Überarbeitung des digitalen Europäischen Jugendportals durch die Europäische Kommission sowie des weiter zunehmenden Einflusses von sozialen Netzwerken (Facebook, twitter, netlog...) auf das tägliche Leben von Jugendlichen, habe ich mit der Intergruppe im September 2011 eine **Veranstaltung zum Jugendportal** angeboten. Es wurden Ideen und Konzepte zur Verbesserung des existierenden Portals gesammelt und diskutiert, um das Europäische Jugendportal künftig in ein echtes soziales Netzwerk umzuwandeln. Als solches würde das Jugendportal nicht nur nützliche Informationen für junge Menschen, die in Europa leben, studieren, arbeiten oder reisen, bereitstellen, sondern auch Interaktion und

Kommunikation zwischen ihnen ermöglichen und fördern – in einem sicheren Rahmen. Dadurch könnte auch Einfluss auf das soziale und politische Leben der NutzerInnen genommen werden. Wir erwarten den Neustart des Jugendportals in Kürze.

Zukunft Europas

Die Euro-Krise hat mich als Europaabgeordnete intensiv beschäftigt und ich habe mich aktiv darum bemüht, Antworten auf die Krise zu entwickeln. Im Wahlkreis habe ich dazu an zahlreichen Diskussionsveranstaltungen teilgenommen. In Brüssel und Berlin habe ich durch zwei Initiativen die Debatte mitgestaltet:

- Grünen Konvent zur Zukunft Europas mitinitiiert
- Rechtsgutachten zum Fiskalpakt und zur Umsetzung grüner Reformvorschläge in Auftrag gegeben

Grüner Konvent

Ich habe zusammen mit Manuel Sarrazin aus der Bundestagsfraktion die Idee für einen „**grünen Konvent zur Zukunft Europas**“ gehabt. Neben dem akuten Krisenmanagement hat die schwarz-gelbe Regierung bis heute keine öffentliche und tiefgreifende Debatte über die Zukunft der Europäischen Union gewagt. Als Europagruppe GRÜNE und Grüne Bundestagsfraktion wollten wir uns dieser Debatte stellen und organisierten daher den „grünen Konvent“, mit hochrangigen deutschen und europäischen Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften, Verbänden und jeder und jedem, der sich daran beteiligen wollte. Der 20. Februar war ein voller Erfolg. Wir fragten offen: Welche Kompetenzen müssen übertragen werden, um haushalts-, finanz-, steuer- und wirtschaftspolitisch stark genug zu sein und eine stabile Wirtschafts- und Solidarunion sicherzustellen? Welche Maßnahmen stellen sicher, dass die EU trotz strenger Haushaltskontrolle sozial gerechter wird? Was bedeutet „mehr Europa“ für das Selbstverständnis der Nationalstaaten? Wie können ausreichend viele AkteurInnen in eine transparente Entscheidungsfindung einbezogen werden? Welche Rolle können die Europäischen Institutionen und nationalen Parlamente in diesem Prozess spielen? Sicherlich haben wir noch längst nicht alle Antworten, aber immerhin den Diskussionsprozess angestoßen.

Rechtsgutachten zum Fiskalpakt und Grünen Reformvorschlägen

Ich habe ein **Rechtsgutachten zum Fiskalpakt und zur Umsetzung grüner Reformvorschläge in Auftrag gegeben**. „Zu sagen, die EU müsse in der aktuellen Krise ihr Scheitern eingestehen, wäre defätistisch. Aber die EU und insbesondere die Euro-Zone müssen eingestehen, dass ohne stärkere und stärker gemeinsam organisierte und demokratisch legitimierte wirtschaftspolitische Verantwortung das Scheitern des europäischen Einigungsprojektes droht.“ Mit diesen nüchternen Worten beginnt ein **gemeinsames Positionspapier**

von Reinhard Bütikofer, Sven Giegold, Helga Trüpel und mir zum Thema „Europäische Wirtschaftsregierung- oder was?“ Aufbauen auf diesem Papier habe ich den

Europarechtsexperten der Universität Heidelberg, René Repasi um ein **rechtliches Gutachten** gebeten: In seiner Analyse untersucht er, wie die in dem Positionspapier aufgestellten Forderungen rechtlich umgesetzt werden können. Außerdem prüft er, inwieweit der jüngst auf Betreiben von Angela Merkel zwischen 25 EU-Staaten geschlossene „Fiskalpakt“ mit dem Europarecht vereinbar ist. Sein Urteil ist vernichtend: der Fiskalpakt schafft nicht viel neues, und was neu ist, hätte fast alles auch im Rahmen der Verträge – also demokratisch kontrolliert- und trotzdem ohne Britten geschehen können.

Zuhause in der Region

Als grüne Europaabgeordnete bin ich für einen sehr großen Wahlkreis zuständig: die Metropolregion Rhein-Neckar ebenso wie das gesamte Gebiet von der Schweizer Grenze im Südbadischen, die Rheinschiene hinauf bis an die hessische Grenze nach Rheinland-Pfalz und ins Saarland. Zu meinen wichtigsten Aktivitäten und Erfolgen zählen dabei insbesondere:

- Europa den Menschen näher gebracht – vor Ort und als Besucher in Straßburg und Brüssel
- Auf zahlreichen Diskussionsveranstaltungen das Handeln der EU in der Wirtschaftskrise erklärt

Besuchergruppen

„**Brücken bauen**“ zwischen den **Regionen und Europa**. Den Menschen klar machen, dass das, was in Straßburg und Brüssel geschieht, enorm viel mit ihnen zu tun hat, das war mir vom ersten Tag meines Abgeordnetendaseins wichtig. Dass man nur verstehen kann, was man auch kennt, das gilt auch zwischen den Wählerinnen und Wählern und dem mitunter als bürokratischer Moloch empfundenen Europäischen Parlament. Europa soll, so wünsche ich mir das zumindest, den Leuten in der Region ganz „nah“ vorkommen, genau in diesem Sinne verstehe ich mich auch als Vermittlerin.

Deshalb sind die **bezuschussten Besuchergruppen**, die, vom Wahlkreisbüro organisiert, sich jedes Jahr einmal von Freiburg und einmal von Mannheim aus auf den Weg nach Straßburg machen, auch so wichtig. Nicht nur, weil die quirliche Elsass-Metropole ein unschlagbares Symbol dafür ist, dass Europa in allererster Linie für Frieden und Freiheit steht. Wer einmal erlebt hat, mit welchem rasantem Tempo im Plenum abgestimmt wird, wie diszipliniert die Abgeordneten diskutieren und welches enorme Pensum an Arbeit und an Abstimmungen sie absolvieren, wird künftig Europa mit anderen Augen sehen.

Ich nehme mir, wann immer es machbar ist, reichlich Zeit für meine Gruppen. Die **direkte Diskussion** über brennende Themen ist mir wichtig. Gut möglich, dass beim anschließenden Tribünenbesuch dann auch gerade Lady Ashton spricht und die Gruppe ganz nah dran ist am weltpolitischen Geschehen. Das Vergnügen kommt nicht zu kurz bei den Fahrten. Eine kleine Stadtführung gehört ebenso dazu wie eine tüchtige Prise Historie und natürlich ein gutes elsässisches Essen. Ausgeschrieben werden die Termine zuerst im **Franziska-Letter**. Wer den regelmäßig bekommt, ist gut informiert und hat gute Chancen, dabei zu sein. Homepage-Artikel über Fahrten finden Sie [hier](#), [hier](#), [hier](#) und [hier](#).

Veranstaltungen

Europa erlebbar machen - und zwar vor Ort. Das möchte ich natürlich auch in der Europäischen Metropolregion Rhein-Neckar, für die ich angetreten bin: die Rheinschiene hinunter bis Basel mit meiner Heimat Südbaden, sowie in Rheinland-Pfalz und im Saarland. Originell dürfen Veranstaltungen durchaus sein, wie beispielsweise **„Kunst küsst Klima“** mit dem französischen Bildhauer Christian Claudel, der mitten im Weihnachtstrubel anlässlich des Weltklimagipfels in meinem Auftrag eine **„Mutter Erde“** aus Eis in der Heidelberger Hauptstraße schuf. Die Medien und die Menschen fanden diesen Denkanstoß hinreißend, ein sinnlicher Ansatz für ein ansonsten schwer fassbares Thema.

Wenig später fand mit der Konferenz **„Bologna 2.0 – wohin soll die Reise gehen?“** in der Mannheimer Jüdischen Kulturgemeinde eine Veranstaltung statt, die mit Lehrenden, Lernenden und Abgeordneten sowie WissenschaftlerInnen erarbeitete, wo Deutschland bei der Verwirklichung des Deutschen Hochschulraums steht.

Um praktische Handhabbarkeit geht es auch im Hinblick auf die **Städtepartnerschaften**. Die schienen mir bei Amtsantritt zum Teil ein wenig in die Jahre gekommen. Deshalb gab ich gemeinsam mit meiner Kollegin Heide Rühle eine **Praxis-Studie** in Auftrag, die ganz konkret an Beispielen aufzeigt und mit Links unterfüttert, wo es Fördermöglichkeiten gibt für innovative Projekte und wie wieder frischer Wind in die kommunalen Beziehungen kommen kann.

In Rheinland-Pfalz, wo Bündnis 90/Die Grünen in jüngster Zeit den Sprung von der Außerparlamentarischen Opposition zur Regierungspartei geschafft haben, habe ich vor allem drei Themen intensiv mit Vor-Ort-Besuchen und Veranstaltungen bearbeitet. Das Eine ist das lange währende **Dilemma um den Nürburgring**, wo ich mit einer **Anfrage** bei der Kommission **aktiv wurde**. Oder beim Regionalflughafen **Hahn im Hunsrück**. Auch hier geht es, wie bei anderen kleinen Flughäfen in Europa auch, darum, wie mit dem umgegangen wird, was die SteuerzahlerInnen einbringen. Ich war mir bei einer Debatte im Hunsrück mit den meisten PodiumsteilnehmerInnen **einig**: Diese Art von Fortbewegung, Kurzflüge inmitten von Europa, brauchen wir nicht. Das gilt natürlich genauso für einen Ausbau des **Regionalflughafens in Speyer**. Da wurden zwar trotz des Protests **brutale Fakten** geschaffen, aber, dass der Status Quo erhalten bleibt und das Ganze keinesfalls weitergehen kann, ist **mir und den Grünen vor Ort ungeheuer wichtig**.

Mitten in der Metropolregion Rhein-Neckar liegt der geplante **Polter Altrip**. Das droht schon fast eine **unendliche Geschichte** zu werden. Aber Dank einer Anfrage beim zuständigen EU-Kommissar und emsiger Initiativen der örtlichen Grünen hat das Bundesverwaltungsgericht das Verfahren ausgesetzt und der Europäische Gerichtshof in Luxemburg wird die Fragen nun endgültig klären. Keine Frage, dass wir das Verfahren im Auge behalten werden.

Sobald es die viel zu knapp bemessenen Wahlkreiswochen erlauben, bin ich im Wahlkreis unterwegs. Akzente zu setzen für grünes Tun, darum geht es: ob ich eine **Grüne Konferenz für die Metropolregion Rhein-Neckar** mit einem eigenen Programm mit **veranstalte**, eine Initiative, um die die Grünen von den anderen Parteien beneidet werden, oder ob ich mich mit der **Roma- und Flüchtlingsproblematik** beschäftige. Die ist in **Freiburg** ebenso akut wie in der Region rund um **Mannheim, Ludwigshafen** und Heidelberg. Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft der Frauen im vergangenen Jahr lud ich im Freiburger Flüchtlingswohnheim zu einem **Fußballturnier mit Roma-Mädchen** ein. Ein Event, bei dem nicht nur Sport und Spaß dominierte, sondern auch ganz konkret Berührungängste abgebaut wurden. Integration in der allerschönsten Form.

Junge Menschen mobil zu machen, damit sich der Horizont weitet und sich die Perspektiven verbessern, das ist mir gerade auch wegen meiner eigenen Biografie ganz besonders wichtig. Deshalb habe ich nicht nur im Juni 2011 die Veranstaltung „**Metropolregion macht Azubis mobil**“ ins Leben gerufen, die Auslandsaufenthalte für Auszubildende genauso selbstverständlich machen möchte wie für Studierende, sondern auch in einer **Studie** zusammenstellen lassen, was es jetzt schon an Möglichkeiten gibt.

Ganz oft hilft es auch, das Rad nicht neu erfinden zu wollen, sondern über den Tellerrand zu blicken, was anderswo schon gelaufen ist. Besonders deutlich wurde das bei der Konferenz um eine mögliche Bewerbung Mannheims und der Region um die **Europäische Kulturhauptstadt**. Es gelang, mehr als 100 EntscheidungsträgerInnen und Aktive aus der Kulturszene und der Kreativwirtschaft ins Boot zu holen. Besonders attraktiv war für die, dass ExpertInnen aus Luxemburg, Lille, Graz und Linz aber auch Essen ganz konkret berichteten, was bei ihnen gut, oder auch schlecht gelaufen ist. Das Gespräch dauert an und Einigkeit herrscht darüber, dass bei diesem Thema, der Weg durchaus das Ziel sein kann.

Zu den schönsten Terminen zählen für mich immer die Besuche bei Schulklassen in meinem Betreuungsgebiet. Ich möchte dabei Europa für junge Menschen erlebbar machen und nehme gleichzeitig von den SchülerInnen immer viele Ideen für meine alltägliche Arbeit im Parlament mit. Besonders gefreut hat es mich, dass ich nun Schirmherrin von „**Éolécôle**“ bin, einem tollen Projekts an meiner alten Schule, dem Deutsch-Französischen Gymnasium in Freiburg: Lernende und Lehrende bauen in Eigenverantwortung Solaranlagen und Windräder auf ihrem Schuldach.

Klimaschutz und die Energiewende sind für die gesamte „Green City“ Freiburg ein wichtiges Thema. Hier gibt es viele Unternehmen und viele „Käpsele“, die die Energiewende innovativ vorantreiben. Einer davon ist Rolf Disch, dessen **Petition für die Plusenergie-Bauweise** ich an den Energiekommissar Günther Oettinger übergeben habe.

Immer wieder müssen aber auch dicke, dicke Bretter gebohrt werden. Das gilt beispielsweise im Falle der Atomkraft. Weniger in Deutschland, wo die für den Wahlkreis bedrohlichen Meiler nach und nach abgeschaltet wurden oder werden, sondern mehr für die Region zwischen Freiburg, Basel und Mulhouse. In einer **gemeinsamen Aktion** der deutschen und französischen Grünen wurde versucht, **Nicolas Sarkozy** die Gefährlichkeit des uralten Schrott-Reaktors in **Fessenheim** plausibel zu machen und ihn zum Abschalten zu bewegen, bislang leider vergeblich.

Über meine Aktivitäten zur **Geschlechtergleichstellung** in Brüssel habe ich euch schon berichtet. Mir ist es ein großes Anliegen, über dieses Thema nicht nur auf einer Metaebene zu diskutieren, sondern auch konkrete Verbesserungsvorschläge aufzuzeigen. Bei **zwei gut besuchten Veranstaltungen in Freiburg** habe ich daher mit VertreterInnen der Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Frauenverbänden und der Stadtratsfraktion darüber diskutiert, wie die Integration Alleinerziehender in den Arbeitsmarkt gelingen und die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in Freiburger Unternehmen verringert werden kann.

Die Region in Südbaden und in der Metropolregion Rhein-Neckar ist nicht nur wunderschön und von der Natur gesegnet, sondern hier werden auch Nahrungsmittel in großer Zahl produziert und konsumiert. Besonders die **Weinregion Südbaden** wäre gefährdet, wenn 2015 tatsächlich der europaweite Anbaustopp für Weinreben fallen würde. Viele kleinbäuerliche Winzer, die für die Qualität des badischen Weins und die einzigartige Kulturlandschaft prägend sind, wären in ihrer Existenz bedroht. Daher habe ich mich in Brüssel mit meiner Fraktion dafür eingesetzt, dass der **Anbaustopp** über 2015 hinaus bestehen bleibt. Zur Zukunft des Weinbaus in Südbaden habe ich zudem mit Kerstin Andreae und Reinhold Pix, meinen

AbgeordnetenkollegInnen aus Bund und Land, eine sehr spannende Veranstaltung in Ihringen veranstaltet, bei der viele Winzer vor Ort von ihrer Lage berichteten.

Die Agrarpolitik macht nach wie vor den mit Abstand größten Posten im EU-Haushalt aus. Was lag da im Hinblick auf die Reform dieses EU-Agrarhaushalts im Jahr 2013 näher, als eine Konferenz mit dem Titel „**Essen für alle in der einen Welt**“ ins Leben zu rufen. Moderiert von der renommierten Autorin Tanja Busse entwickelten die rund 100 TeilnehmerInnen ganz konkrete Vorstellungen für eine **künftige Weichenstellung** zu besserem und nachhaltigerem Essen im globalen Sinn. Und das nicht nur in der Theorie, sondern auch in der **Praxis**. Hatte doch mein Team dafür gesorgt, dass nicht nur die geistige, sondern auch die leibliche Nahrung mit Genuss verbunden war.

Ganz genau wissen will ich es immer, wenn es ums Geld geht. Deshalb lasse ich trotz vieler bürokratischer Hürden nicht locker, herauszufinden, was vor Ort mit den Mitteln aus Brüssel geschieht. Das sind nicht immer gute Nachrichten, die da zu Tage treten. Vieles an Vergabe ist „**gut gemeint und schlecht gemacht**“. Vieles an **Strukturfördermitteln** wird „**am Ziel vorbei**“ investiert und verpasst die Menschen, die eigentlich davon Nutzen ziehen sollten.

Sprechen Sie mich an:

- **Büro Brüssel:** Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, 1047 Bruxelles
franziska.brantner@ep.europa.eu, Tel: +32-2-28 45354
- **Büro Metropolregion Rhein-Neckar:** Rathausplatz 10 bis 12, 67059 Ludwigshafen
metropolregion@franziska-brantner.eu, Tel: 0621-68569714
- **Büro Freiburg:** Haslacherstr. 61, 79115 Freiburg
freiburg@franziska-brantner.eu, Tel.: 0761-3873 7997

Mehr Infos über mich und meine Arbeit finden Sie zudem auf www.franziska-brantner.eu.